

«Wir streichen nicht nur Gelder ein»

Graubünden sollte gegen aussen selbstbewusster auftreten und sich gegen das Image als Subventionsempfänger wehren. Diese Ansicht vertritt Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, die 2012 die Bündner Regierung präsidiert.

Mit Regierungsrätin Barbara Janom Steiner sprach Dario Morandi

Frau Regierungsrätin Janom Steiner, ab morgen sind Sie Regierungspräsidentin und führen wegen der Wahl Ihres früheren Regierungsratskollegen Martin Schmid in den Ständerat vorübergehend zwei Departemente. Ein bisschen viel auf einmal, meinen Sie nicht?

Barbara Janom Steiner: Es ist tatsächlich ein bisschen viel. Aber das Ende dieser dreifachen Belastung ist absehbar, da Martin Schmid's Nachfolger seine Tätigkeit voraussichtlich am 1. März aufnehmen wird.

Wie gehen Sie die neue Aufgabe an der Spitze der Regierung an?

Das Präsidialjahr ist zwar mit einem Mehraufwand verbunden. Gleichzeitig ist das Amt für mich aber auch sehr speziell, und es ist eine grosse Ehre, die Regierung das erste Mal zu präsidieren. Es bietet für mich eine gute Gelegenheit, unseren Kanton und die Menschen draussen in den Regionen noch besser, noch näher kennenzulernen. Ich freue mich sehr auf diese Begegnungen. Es wird sicher eine spannende und faszinierende Zeit.

«Es ist durchaus machbar»

Wie wollen Sie denn alles unter einen Hut bringen?

Die Arbeitslast ist zugegebenermassen hoch. Die Dossiers auf dem Tisch stapeln sich, man hat weniger Freizeit, Familie und Freunde werden in dieser Zeit etwas zu kurz kommen. Aber damit muss ich leben. Und es ist, zumindest für einige Monate, durchaus machbar. Das zeigen die Beispiele meiner Vorgängerinnen und Vorgänger, die sich mit einer ähnlichen Situation konfrontiert sahen. Zudem kann ich mich in beiden Departementen auf einen sehr kompetenten Mitarbeiterstab abstützen, der mir im Tagesgeschäft zur Seite steht.

Sie stehen einer Regierung vor, die sich nur noch aus Mitgliedern zusammensetzt, die in Nordbünden wohnen.

Ich gebe zu, dass Zentrumsvertreter momentan mehr als nur gut in der Regierung vertreten und gewisse Befürchtungen in den Regionen vorhanden sind. Dass ihre Interessen unter dieser Zusammensetzung leiden, glaube ich hingegen nicht. All unsere Entscheidungen richten sich ohnehin auf das Gesamtinteresse des Kantons

und der Regionen aus. Und wir sind nach wie vor willens, die Anliegen und Forderungen aller Regionen in die Politik einzubringen. Im Übrigen kenne ich als Engadinerin die Probleme der Regionen.

Sie führen vorübergehend das verwaiste Departement für Finanzen und Gemeinden. Da Sie als neue Finanzdirektorin gelten, können Sie bei dieser Gelegenheit ja gleich mal auf Martin Schmid's Sessel Probe sitzen.

Ob es mir dort gefällt, kann ich noch nicht sagen. Zunächst möchte ich im Finanzdepartement die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser kennenlernen und mir die einzelnen Themenbereiche näher anschauen. Nur so lässt sich feststellen, ob ich an der Arbeit im Finanzdepartement dieselbe Freude und Genugtuung haben könnte, wie das in meinem jetzigen Departement der Fall ist.

«Ich möchte mir noch Zeit lassen»

Aber Ihre Partei, die BDP, würde doch liebend gerne wieder einmal die Finanzministerin stellen.

Selbstverständlich wird das Departement für Finanzen und Gemeinden als Schlüsseldepartement betrachtet. Gewisse Vorstellungen seitens der Partei sind auch vorhanden. Obwohl in der Parteileitung ein Wechsel ein Thema ist, übt niemand Druck auf mich aus. Der Entscheid, für den ich mir noch etwas Zeit lassen möchte, wird aber mir allein überlassen und natürlich auch der Regierungsmehrheit, die letztlich über die Departementsverteilung entscheidet.

Würden Sie die Arbeit, bei der es vornehmlich um Zahlen geht, Ihrer heutigen Tätigkeit als Gesundheits- und Justizdirektorin vorziehen?

Ich bin eigentlich kein Zahlenmensch. Als Juristin habe ich gerade mal gelernt, Honorarnoten zusammenzurechnen (lacht). Und von meiner beruflichen und militärischen Herkunft stehen mir die Justiz und die Sicherheit näher als etwa die Steuergesetzgebung. Spannend für mich ist aber auch der Gesundheitsbereich, in den ich mich bestens einarbeiten konnte.

Die Arbeit mit Zahlen ist manchmal zwar staubtrocken. Sie hat aber doch auch ihren Reiz.

Die Finanz- und Steuerpolitik wären für mich komplettes Neuland. Da müsste ich mich stark «reinknien», das muss ich zugeben. Allerdings liegen gerade im Finanzbereich Herausforderungen, die ich auch gerne annehmen würde. Zudem ist das Finanzdepartement auch Gemeindedepartement mit spannenden Aufgaben im Strukturbereich für die nächste Zeit. Schliesslich wären auch der Personalbereich und die an das Departement gebundene Mitwirkung in der Konferenz der Kantonsregierungen äusserst reizvoll.

Als Regierungspräsidentin repräsentieren Sie den Kanton gegen aussen. Das ist manchmal eine schwierige Aufgabe, da Graubünden als «Subventions-Abzocker» bezeichnet wird.

Die Regierung versucht laufend, dieses Image zu korrigieren und Graubünden mit einer neuen

Kommunikationsstrategie auf nationaler Ebene vorteilhafter zu positionieren. Ich glaube ohnehin nicht, dass wir bloss als «Subventionsempfänger» wahrgenommen werden. Graubünden sollte diesem Ruf denn auch mit mehr Selbstbewusstsein entgegenreten. Denn Graubünden streicht nicht nur fremde Gelder ein, wir leisten auch etwas. Wir sind nicht nur die Ferienecke der Schweiz, sondern sorgen mit der Wasserkraft auch für die Energieversorgung des Landes.

Trotzdem muss der Kanton Zürich jede Bündnerin und jeden Bündner im Rahmen des Finanzausgleichs mit rund 1400 Franken pro Jahr unterstützen.

Wenn das schlecht sein soll, müssen wir den eidgenössischen Finanzausgleich grundsätzlich hinterfragen. Graubünden muss Lasten tragen, die andere Kantone in dieser Form nicht haben. Ich denke dabei etwa an die Verkehrserschliessung. Es ist aber in der Tat so, dass in jüngster Zeit von Seiten der Geberkantone Kritik laut geworden ist. Dafür kann ich ein gewisses Verständnis aufbringen, da diese Kantone finanziell ebenfalls zunehmend unter Druck geraten.

Aber die Tendenz geht in Richtung Förderung der Agglomerationen, derweil bleiben die Randregionen aussen vor.

Der Verteilungskampf ist intensiver und härter geworden, zumal die Aufgaben und der Investitionsbedarf in den Agglomerationen stark angewachsen sind. Denken Sie nur an die Bereiche Verkehr und Soziales. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass der Finanzausgleich in seiner bestehenden Form beibehalten werden muss. Andernfalls nimmt der Solidaritätsgedanke in der Schweiz Schaden.

Müssten die Randregionen aber nicht doch etwas mehr Gegensteuer geben?

Die Bergkantone müssen noch näher zusammenrücken, um ihre Anliegen auf Bundesebene vertreten und durchsetzen zu können, weil ihre Probleme meist ähnlich gelagert sind. Gerade deshalb wird die Zusammenarbeit in der Konferenz der Gebirgskantone immer wichtiger.

«Die Hoffnung stirbt zuletzt»

Welches sind die grössten «ausserpolitischen Baustellen» des Kantons?

Da steht der Verkehr im Mittelpunkt und die Frage, wo genau die finanziellen Mittel des Bundes investiert werden. Weitere Herausforderungen sind die Optimierung und der Ausbau der Wasserkraft im Rahmen der neuen energiepolitischen Ausrichtung der Schweiz. Sodann gilt es auch eine zukunftsgerichtete Strategie für die Umsetzung des Raumkonzepts Schweiz zu finden.

Ein weiteres Thema wird aber auch die Verlagerung des Transitverkehrs auf die San-Bernardino-Route, wenn der Gotthardtunnel saniert wird.

Das ist so. Dazu hat sich die Regierung wiederholt geäussert. Dabei ist und bleibt eines klar: Wir wollen unter keinen Umständen eine Umlagerung des Transitverkehrs auf die San-Bernardino-Route. Sie ist dafür denkbar schlecht geeignet. Deshalb befürworten wir nach wie vor den Bau einer zweiten Gotthard-Röhre und die Umlagerung des Verkehrs auf die Schiene.

Der Bau einer zweiten Röhre ist und bleibt doch eine Utopie, zumal die Urner Nein zu diesem Projekt sagen.

Wie heisst es doch so schön? Die Hoffnung stirbt zuletzt. Auch bin ich mir nicht so sicher, ob sich die Urnerinnen und Urner bei der Abstimmung bewusst waren, was dieser Entscheid tatsächlich bedeutet. Tatsache ist, dass beispielsweise der Kanton Tessin aus volkswirtschaftlichen Überlegungen ein grosses Interesse am Bau einer zweiten Röhre hat. Gerade deshalb dürfte da das letzte Wort wahrscheinlich noch nicht gesprochen sein.

Die Regierung hat sich schon nach dem Brand im Gotthardtunnel mit Händen und Füssen gegen die Verlagerung des Transitverkehrs gewehrt. Allerdings ohne Erfolg, Graubünden musste sich kleinlaut dem Druck aus Bern beugen. Das wird auch in Zukunft so sein.

Das heisst nicht, dass sich Graubünden nicht erneut gegen solche Pläne des Bundes zur Wehr setzen und gleich die Waffen strecken sollte. Und wenn das nichts nützt, sollten zumindest flankierende Massnahmen ausgehandelt werden, um die Belastung in Grenzen zu halten.

Den Transitverkehr vorübergehend über die A13 rollen zu lassen, könnte sich auch positiv auswirken. Indem man vom Bund «Kompensationsgeschäfte» einfordern würde.

Es gibt bereits einen ganzen Katalog von Massnahmen, um die San-Bernardino-Achse bedingt schwerverkehrstauglich zu machen. Dieser wäre bei einer allfälligen Umlagerung des Schwerverkehrs zwingend umzusetzen. Doch schon jetzt darüber nachzudenken oder konkrete Massnahmen zu fordern, wäre verfrüht. Zudem sollte

man keine falschen Signale nach Bern senden, sondern an der Forderung nach dem Bau der zweiten Röhre festhalten. Das halte ich für die bessere Strategie.

«Wogen haben sich geglättet»

Die Regierung wird in der Transitverkehrs-Frage also hart bleiben.

Das wird sie. Und wenn es wider Erwarten so weit kommen sollte, dass der ganze Transitverkehr für mehrere Jahre durch unseren Kanton rollt, müssten ohnehin andere, griffigere Massnahmen getroffen werden als nach dem Tunnelbrand. Denn heute ist die Situation vollkommen anders als 2001. Der Verkehr hat zugenommen und die Lastwagen sind grösser und schwerer. Da lässt sich der Mehrverkehr nicht mehr mit einem simplen Dosierungssystem vor den Tunnelportalen in geordnete Bahnen lenken. Davon bin ich überzeugt.

Wechseln wir noch kurz das Thema: Sie sind jüngst wegen Ihre Aussagen im Grosse Rat im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung unter Druck geraten.

Sie sprechen meine Aussagen an, wonach das Spital Davos dank der Kantonsbeiträge Gewinne erwirtschaften kann und dass der Computer-Tomograf des Spitals Thusis unzureichend ausgelastet sei. Da habe ich mich auf die Zahlen in den Jahresberichten abgestützt. Mittlerweile haben sich die Wogen aber wieder geglättet, ich habe mich kürzlich mit den Spitaldirektoren ausgesprochen und dabei den Standpunkt der Regierung erläutert.

Aber dennoch: Die Empörung war ziemlich gross.

Ich verstehe die Spitalverantwortlichen, dass sie empfindlich reagiert haben und sich um die finanzielle Zukunft ihrer Häuser sorgen. Denn gerade bei der Spitalfinanzierung sind grosse Umwälzungen im Gang, die zu Verunsicherung und Nervosität führen. Deshalb möchte ich eines klarstellen: Dem Kanton liegt es fern, die Spitäler finanziell auszuhungern. Es geht lediglich darum, die Mittel bereitzustellen, die tatsächlich gebraucht werden, nicht aber Mittel auf Vorrat.



Bild Olm / tem

Barbara Janom Steiner ...

... ist seit März 2008 Mitglied der fünfköpfigen Bündner Regierung. Die 48-jährige BDP-Politikerin steht dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit vor. Nach dem Wechsel ihres früheren FDP-Regierungsratskollegen Martin Schmid in den Ständerat führt Janom Steiner zudem interimistisch das Departement für Finanzen und Gemeinden.

Janom Steiner ist Rechtsanwältin/Executive MBA HSG. Sie stammt aus dem Engadin, ist Bürgerin von Sent und lebt zusammen mit ihrem Mann Rolf Steiner in Chur. Zurzeit ist sie Vizepräsidentin der Regierung. Ab morgen amtiert sie für ein Jahr als Regierungspräsidentin. (mo)